

**Antragsteller\*innen:** Jasper Prigge (KV Düsseldorf, LaVo), Fabian Stoffel (KV Herford), Pierre ter Horst (KV Detmold), Iris Bernert-Leushacke (KV Dortmund, LaVo), Daniel Kerekes (KV Essen), Yilmaz Gültekin (KV Essen), Alexandra Mehdi (KV Solingen), Marion Wegscheider (KV Essen), Sefika Minte (KV Oberhausen), Niema Movassat (KV Oberhausen), Sylvia Gabelmann (KV Siegen-Wittgenstein), Lea Guse (KV Essen), Nils Böhlke (KV Düsseldorf)

### **Mehrfache Ausübung von Mandaten**

Der Landesparteitag möge beschließen:

**Der Landesparteitag bekräftigt, dass kein Mandat (Europaparlament, Bundestag, Landtag) länger als zwei Legislaturperioden durch dasselbe Parteimitglied ausgeübt werden soll. Die Delegierten von Vertreter\*innenversammlungen sind dazu aufgefordert, die Begrenzung von Mandatszeiten bei ihrer Wahlentscheidung zu berücksichtigen.**

#### **Begründung:**

DIE LINKE ist angetreten, um Politik mit den Menschen und nicht als ihre Stellvertreter\*innen zu machen. Wir stehen dafür, dass die Wahrnehmung von Mandaten kein Beruf sein darf, sondern nur die zeitlich befristete Vertretung der Partei im Parlament. Das Mandat betrifft zudem nur einen Ausschnitt des politischen Wirkens der LINKEN.

Als Partei haben wir uns auferlegt, dass Parteiämter nicht länger als acht Jahre durch dasselbe Parteimitglied ausgeübt werden sollen (§ 32 Abs. 3 Landessatzung). Diese Begrenzung ist richtig, aber inkonsequent, wenn wir bei der Wahrnehmung von Mandaten, die bei staatlichen Wahlen errungen werden, nicht ähnlich verfahren. Denn auch Abgeordnete nehmen einen prägenden Einfluss auf die Partei und ihre Außendarstellung. Mehr noch, sie verfügen zusätzlich über eine staatliche Finanzierung ihrer politischen Aktivitäten. Es ist nicht einsichtig, warum wir hier nicht ebenfalls eine der Satzung vergleichbare „Soll“-Regelung vorsehen.